

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 9 86 846 pbbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Gernot Erler MdB zu den
Strafaktionen der UN-Ver-
bände in Somalia: Moga-
dischu - Idee der Blauhelme
zerstört.

Seite 1

Detlev von Larcher MdB zum
Verlauf und Ergebnis der Mit-
glieder-Befragung und den
Konsequenzen für die SPD:
Weitere Möglichkeiten der
Mitwirkung eröffnen.

Seite 2

Professor Dr. jur. Erich Kö-
chenhoff zum Umgang des
Fernsehens mit der Mitglieder-
Befragung: Mediale-Demosko-
pische Eingriffe in die Chan-
cengleichheit.

Seite 3

Siegfried Vergin MdB zur Not-
wendigkeit, die Aufnahme von
Kriegs- und Bürgerkriegs-
flüchtlingen als gesamtstaatli-
che Aufgabe zu realisieren:
Den Gemeinden muß schnell
geholfen werden.

Seite 5

Rudolf Müller MdB zur Not-
wendigkeit der alseitigen Inte-
gration: Europa ja - aber wie?

Seite 5

48. Jahrgang / 111

15. Juni 1993

Mogadischu: Idee der Blauhelme zerstört Zu den Strafaktionen der UN-Verbände in Somalia

Von Gernot Erler MdB
Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Der Schaden ist kaum abzusehen: In Mogadischu zerstören die UN-Verbände die Idee der Blauhelme. Bisher verdanken sie ihr Vorgehen ihrer Unparteilichkeit, der notwendigen Zustimmung der Konfliktparteien, ihrer bestenfalls zur Selbstverteidigung geeigneten Bewaffnung und der damit verbundenen Bereitschaft, im Falle von Regelverletzungen eher Opfer zu bleiben als zu intervenieren zu werden.

Die Idee des uneigennütigen mutigen Helfers und des damit verbundenen Image waren der eigentliche Schutz der Blauhelme.

UNOSOM 2 als Nachfolgeneration von 'Restore Hope' ist ein verhängnisvoller Wendepunkt. Beide Aufträge sind mit der Blauhelme-Idee unvereinbar. Jetzt stehen die Vereinten Nationen mit beiden Beinen in einem interventionistischen Schießkrieg. Blauhelme als Rächer mögen sich im Moment den Respekt des Entsetzens verschaffen. Aber wenn die Kugeln Frauen und Kinder treffen, geht die Idee der Blauhelme vor die Hunde.

Den Schaden haben alle, die auf die Vereinten Nationen als Agentur einer nichtinterventionistischen Friedenshilfe gesetzt haben. In Mogadischu werden in diesen Tagen nicht nur unbewaffnete Demonstranten im Namen einer humanitären Aktion der Weltorganisation erschossen, sondern es wird auch der unsichtbare, wenn auch nirgends hundertprozentig wirksame Schutzschild der Blauhelme zerstört.

Nach Mogadischu wird es Einheiten mit dem selbstschwächenden Auftrag des Friedensschutzes in der bisherigen Form nicht mehr geben.

(-/15. Juni 1993/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freiwilliger Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Weitere Möglichkeiten der Mitwirkung eröffnen

Zum Verlauf und Ergebnis der Mitglieder-Befragung und den Konsequenzen für die SPD

Von Detlev von Larcher MdB

Die Beteiligung

Zugegeben, an eine so hohe Beteiligung unserer Mitglieder habe auch ich nicht geglaubt. Aber vielleicht haben wir alle, die vor der Befragung gesagt haben, eine 20 Prozent-Beteiligung wäre schon ein Erfolg, einen Denkfehler gemacht.

Die Befragung wurde von unseren aktiven Funktionären vor Ort organisiert, sofern nicht, wie in einem Bezirk, jedes Mitglied die Briefwahlunterlagen zentral zugeschickt bekam. Sie hatten den Ehrgeiz, eine hohe Beteiligung in ihren Ortsvereinen zu erreichen. So wurden alle Mitglieder angeschrieben, in vielen Ortsvereinen wurden alle Mitglieder zusätzlich angerufen, in anderen wurden sie zuhause aufgesucht, Familiennachmittage, Wanderungen und Feste organisiert. So wurde die Beteiligung von 55 Prozent erreicht. 45 Prozent haben dennoch Wahlenthaltung geübt, obwohl doch ihre Mitgliedschaft ein bewußter politischer Akt ist. Bei unserer Skepsis haben wir auch das Potential unserer örtlichen Funktionäre unterschätzt.

Das Ergebnis

Es ist wahr, auch ich habe befürchtet, das Ergebnis der Befragung könne so knapp ausfallen, daß der Parteitag und damit die ganze Partei in Verlegenheit käme. Es ist anders gekommen. Der Parteivorstand wird dem Parteitag ohne Schwierigkeiten einen Kandidaten vorschlagen: Rudolf Scharping.

Aber wahr bleibt auch, was in einer Talk-Runde und in einigen Kommentaren zu vernehmen war: 40 Prozent der Befragten sind für Rudolf Scharping, 60 Prozent sind es nicht.

Urwahl und Parteireform

Johannes Rau, Rudolf Scharping, Gerhard Schröder, Wolfgang Thierse, Karl-Heinz Blessing habe ich am 13. Juni 1993 sagen hören, diese Befragung würde nicht nur für die innerparteiliche Willensbildung der SPD neue Maßstäbe setzen, sondern auch die anderen Parteien kämen daran nicht vorbei.

Ich denke, dies Instrument kann so nicht bleiben. Wenn schon, dann muß es zu einer echten Urwahl weiterentwickelt werden. Das heißt aber auch: Stichwahl zwischen den beiden mit den meisten Stimmen, wenn im ersten Wahlgang keine(r) die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, damit der letztendlich Gewählte wirklich die Mehrheit hinter sich hat. Und das heißt auch klare Regelung, wer durch Urwahl und wer von den Delegierten zu wählen ist. Außerdem wird eine direkte Mitwirkung der Mitglieder in Sachfragen nur erreicht, wenn in unserer Satzung Mitgliederinitiative und Mitgliederentscheid verankert werden.

Von den Gedanken in der bisherigen Diskussion über die Parteireform darf nicht nur die Urwahl übrig bleiben. Eine aktivere Beteiligung von mehr Mitgliedern an der Alltagsarbeit der Partei auf allen Ebenen ist notwendig. Schon immer konnte jedes Mitglied sich in den Ortsvereinen in die innerparteiliche Willensbildung einbringen. Alle, die aktiv mitarbeiten, haben das am eigenen Leib erfahren. Aber sie wissen auch viele Gründe zu nennen, warum nur so wenige wirklich aktiv sind und warum oft auch viel Frust mit der Mitarbeit verbunden ist.

Deswegen müssen neue Arbeitsformen in den Ortsvereinen und Unterbezirken entwickelt werden, die den Mitgliedern neue Mitwirkungsmöglichkeiten bieten und die deswegen mehr Spaß machen, weil mehr Mitwirkung auch Ergebnisse bringt an denen viele mitgearbeitet haben und in denen sich deswegen auch alle wiederfinden.

Der Ausbau und die Weiterentwicklung der innerparteilichen Bildungsarbeit für Ehren- und Hauptamtliche gehört unabdingbar dazu. Denn wirksame Mitwirkung in komplizierten Zusammenhängen erfordert bessere Qualifikation. Effektivere Mitwirkung durch bessere Qualifikation bedeutet: mehr Erfolgsergebnisse und damit höhere Motivation.

Die "Führungskrise" der Partei

Schließlich die Frage: Sind die Schwierigkeiten unserer Partei mit der Mitgliederbefragung behoben?

Die Führungskrise unserer Partei kann behoben werden, wenn es dem neuen Parteivorsitzenden und den Beteiligten gelingt, aus dem Präsidium und aus dem Parteivorstand unter Einbindung des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestagsfraktion ein konstruktiv zusammenarbeitendes Team zu machen. Das kann gelingen, wenn inhaltliche Positionen ergebnisorientiert ausdiskutiert und persönliche Eitelkeiten zurückgeschraubt werden.

Obwohl ich keinem dieser Gremien angehöre, glaube ich aus vielfältigen Berichten über die Sitzungen dieser Gremien zu wissen, daß sich die Arbeitsstruktur dieser Gremien wesentlich verändern muß, wenn das gelingen soll.

Manche feiern jetzt die Mitgliederbefragung, weil es der SPD damit gelungen ist, über viele Tage und Wochen in den Medien präsent zu sein. Das ist in der Tat nicht unbeachtlich. Aber eine reine Schauveranstaltung für die Öffentlichkeit kann nicht das Ziel sozialdemokratischer Politik sein. Die SPD muß mit den besseren Vorschlägen für die Probleme unseres vereinten Landes und mit den besseren Lösungen der globalen Fragen in der öffentlichen Diskussion bleiben. Nur so sind Mitglieder und Nichtmitglieder dauerhaft zu mobilisieren.

Dem neuen Parteivorsitzenden gehört unsere kritische Solidarität. Das bedeutet, wir wollen mit ihm auf der Grundlage des Berliner Programms, des Sofortprogramms "Fortschritt 90" und der Beschlüsse der Parteitage von Bremen und Bonn die inhaltlichen Konzeptionen der SPD ausbauen und präzisieren. Wir wollen mit ihm eigene Positionen der SPD zu den Fragen unserer Gesellschaft vertreten und uns nicht vom politischen Gegner vorgeben lassen, worüber wir wie zu reden haben.

In einem Kommentar war zu hören, daß Rudolf Scharping zukünftig bei schwierigen innerparteilichen Diskussionen nur auf den 13. Juni 1993 verweisen brauche und schon würden viele verstummen müssen.

Nun, die Mitglieder werden das Denken mit ihrer Beteiligung an der Befragung nicht an den künftigen Vorsitzenden abgegeben haben. Die SPD wird eine lebendige, also auch eine lebhaft diskutierende Partei bleiben und nicht eine Partei werden, in der die Mitglieder nur einmal in zwei Jahren gefragt sind.

Wir wollen agieren und nicht reagieren und unsere Position als Opposition in Bonn deutlich machen, damit es für die Bürgerinnen und Bürger eine Wahl gibt bei den Wahlen.

(-/15. Juni 1993/rs/ks)

Media-Demoskopische Eingriffe in die Chancengleichheit Zum Umgang des Fernsehens mit der Mitglieder-Befragung

**Von Universitätsprofessor Dr. jur. Erich Küchenhoff
Mitglied des SPD-Parteirates und des ASJ-Bundesvorstandes**

Während der Fernseh-Übertragung der Vorstellung der Kandidaten für den SPD-Bundesvorsitz vor einer Veranstaltung des SPD-Unterbezirks Düsseldorf in der dortigen Stadthalle am "Ortsvereins-Sonntag" den 13. Juni 1993 von 11 bis 13 Uhr durch das 3. Fernsehprogramm des WDR (mit Übertragungs-Anschluß des 3. Fernsehprogramms der Nordkette) wurde durch bestimmte Vorgänge in die Chancengleichheit der Kandidaten und in das Wahlgeheimnis von dort und im Bereich anderer zugeschalteter Wahllokale direkt nach ihrer Wahlentscheidung Befragten eingegriffen. Dies geschah in einer Weise, die bei öffentlichen Wahlen jeder Ebene durch ausdrückliche Vorschriften der jeweiligen Wahlgesetze aufgrund der entsprechenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unstrittig verboten ist. Diese Verbote wurden bisher von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch ausnahmslos befolgt.

Selbstverständlich sind jene Wahlgesetze für Wahlen zum Bundestag, zu den Landtagen und zu den Kommunalparlamenten nicht unmittelbar auf eine innerparteiliche Basisbefragung nach nicht einmal formal-rechtlich verbindlichen Empfehlungen zur Wahl eines neuen Parteivorsitzenden anwendbar. Jedoch ist eine analoge Anwendung auch rechtlich geboten, wenn das Befragungsverfahren und seine politisch-praktischen Folgen und Wirkungen denjenigen einer der genannten öffentlichen Wahlen gleichkommt. Dies war hier durch die Verfahrensregelungen und die eindeutigen Erklärungen der Kandidaten, im Falle einer Niederlage nicht mehr an dem satzungsgemäß formal-rechtlich verbindlichen innerparteilichen Wahlverfahren teilzunehmen, durchaus der Fall. Dazu kommt, daß die Politischen Parteien nach der Verfassungsordnung unseres Grundgesetzes durch das Grundgesetz und die zugehörigen Ausführungsgesetze, das Parteilengesetz und die entsprechenden Bestimmungen der Wahlgesetze, der Parlaments-Satzungen und auch des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes einen verfassungsrechtlichen Funktionsstatus besitzen, der es ausschließt, ihre interne Willensbildung so willkürlich darzustellen oder gar vorwegzunehmen wie bei irgendeinem privaten Verein oder Verband.

Was ist geschehen?

Noch während der Wahlhandlung wurden mit voller Bildschirmbreitenwirkung Umfrage-Ergebnisse mitgeteilt, die schon vor Beginn der Veranstaltung und ihrer Übertragung durch das Forsa-Institut eingeholt beziehungsweise gleichzeitig mit Veranstaltung und ihrer Übertragung im sogenannten TET-Verfahren ermittelt worden waren. Des weiteren wurden Teilnehmer der Düsseldorfer Veranstaltung und weiterer entsprechender Veranstaltungen andernorts, in denen der Fernseh-Übertragung gefolgt wurde, dazu veranlaßt, ihre persönliche Wahlentscheidung bekanntzugeben.

Demgegenüber lautet zum Beispiel Paragraph 32 Absatz 2 des Bundeswahlgesetzes:

Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Wahlentscheidung ist vor Ablauf der Wahlzeit unzulässig.

Der gesetzgeberische Sinn dieses Verbotes ist insbesondere, daß die verbreitete Annahme von Richtigkeit und Seriosität demoskopischer Umfragen einen Nachahmungs- und Mobilisierungseffekt zu erzeugen pflegt, vor allem wenn die Mitteilung mit der optischen Eindringlichkeit des Bildschirms geschieht, der vielfach noch eine zusätzliche Glaubwürdigkeit unterstellt wird.

Da die medial-demoskopischen Einflüsse im vorliegenden Falle im räumlichen Bereich der Wahllokale stattfanden, verstießen sie bei analoger Anwendung auch gegen das Verbot der Wählerbeeinflussung in eben diesem Bereich, wie es zum Beispiel Absatz 1 desselben Paragraphen 32 des Bundeswahlgesetzes so formuliert:

Während der Wahlzeit sind in und an dem Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung verboten.

Zu alledem kommt noch, daß im vorliegenden Falle die Umfrageverfahren außerordentlich fragwürdig genannt werden müssen:

Das Forsa-Institut befragte 3.000 Personen, davon 1.000 SPD-Anhänger (?!). Das mitgeteilte Ergebnis wich diametral vom Ergebnis der Mitgliederbefragung ab.

Bei der TET-Umfrage konnte wie üblich sogar jeder Anrufer, welcher Mitglieds- oder Anhängerschaft auch immer, beliebig oft und für beliebig viel Kandidaten "seine Stimme abgeben". Im Unterschied zu früheren Erfahrungen wurde eine solche Aktivität auch nicht durch dauernde Besetztzeichen behindert. Ich selbst habe ganze 32 mal dieselbe Nummer gewählt und bekam stets die Antwort: "Ihr Anruf ist gezählt. Legen Sie bitte auf". Auch bei dieser "Umfrage" wich das mitgeteilte Gesamtergebnis diametral vom Ergebnis der Mitgliederbefragung ab.

Diese Kritik soll nicht nur der thematisierten rechtlichen Klarstellung dienen. Sie will auch zu der immer dringender werdenden Erkenntnis beitragen, daß verfassungsrechtliche Prinzipien nicht zum Spielball medialer Unterhaltungswillkür werden dürfen.

(-/15. Juni 1993/rs/ks)

Den Gemeinden muß schnell geholfen werden
Zur Notwendigkeit, die Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen als gesamtstaatliche Aufgabe zu realisieren

Von Siegfried Vergin MdB

Am Beispiel meiner Heimatstadt Mannheim zeigt sich, welche gravierenden Folgen die Nicht-Finanzierung des Aufenthaltes der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in der Bundesrepublik durch den Bund hat. 1992 hat die Stadt über 7,6 Millionen DM für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aufgebracht. Bei unveränderten Finanzierungsmodalitäten wären es im Jahr 1993 circa 18 Millionen DM. Das kann die Stadt nicht leisten und nicht verkraften.

Mannheim und andere Gemeinden in Süddeutschland, die aufgrund ihrer Bevölkerungsstruktur von vielen Flüchtlingen aufgesucht werden, weil diese dort Freunde und Verwandte finden, werden mit den Problemen allein gelassen und sind dabei an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen. Weiteres Sparen zu Lasten des Sozial-, Jugend-, Kultur- und Personalbereiches würde eine Destabilisierung der gemeindlichen Gesellschaft bedeuten.

Es ist unbestritten, daß wir eine humanitäre Verpflichtung haben, den Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawen Schutz zu gewähren. Der Bund muß sich aber dieser Verpflichtung auch stellen. Bund und Länder müssen die Kosten unter sich aufteilen. Niemand darf die Beratungen darüber verzögern und auf den Sanktimmerleinstag hinausschieben.

Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge brauchen einen sicheren Status für die Zeit ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik. Das gilt für die, die noch kommen werden, ebenso wie für die, die bereits hier leben. Die Flüchtlinge brauchen Sicherheit, und Politiker dürfen nicht auf ihrem Rücken ihren finanzpolitischen Streit austragen. Bürgerkriegsflüchtlinge dürfen nicht in aussichtslose Asylverfahren gedrängt werden.

Entsprechende Forderungen zur Lösung der Probleme liegen auf dem Tisch. Aber auch wenn die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern endlich in Angriff genommen und zügig durchgeführt werden, bleibt die Notwendigkeit, bereits im Vorfeld einer gesetzlichen Regelung tätig zu werden. Die Situation in den Kommunen schafft ein gefährliches Konfliktpotential.

Das Klima in den Gemeinden ist schon jetzt sehr gereizt. Davor die Augen zu verschließen und eine Regelung auf die lange Bank zu schieben, hieße Konflikte zu schüren, statt sie zu lösen. Wir haben besonders in Rostock-Lichtenhagen gelernt, wohin es führt, wochenlang konflikträchtige Situationen nicht zu verändern und Kritik nicht ernst zu nehmen.

Den Gemeinden muß geholfen werden und zwar sofort! Der Bevölkerung muß Handlungs- und Lösungskompetenz in dieser Frage gezeigt und bewiesen werden.

(-/15. Juni 1993/rs/ks)

Europa ja - aber wie?
Zur Notwendigkeit der allseitigen Integration

Von Rudolf Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Es gibt in Deutschland fast niemanden, der nicht für ein geeintes Europa eintritt. Das gleiche gilt in den übrigen Mitgliedstaaten und auch in den Ländern, die so schnell wie möglich Mitglied der Gemeinschaft werden wollen. Die Vorstellungen darüber, wie dieses Gemeinsame Europa aussehen soll und kann, gehen aber noch weiter auseinander als die Motive dafür. Die werden verständlicherweise gerade außerhalb Deutschlands weitgehend von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt. Daß aber die Politiker unserer europäischen Verbündeten darüber hinaus in diesem Prozeß noch Ziele und

Motive haben, die gerade uns Deutsche interessieren müssen, ist immer wieder festzustellen. So war eine Triebfeder der Europapolitik die Furcht, eines Tages wieder von Deutschland majorisiert zu werden. Diese Gefahr wollten auch deutsche Politiker der ersten Stunde durch eine feste wirtschaftliche und politische Einbindung in eine europäische Gemeinschaft verhindern. Die oft unklaren Vorstellungen über die Gestalt eines Gemeinsamen Europas gehen von einem Europa selbständiger aber politisch eng verflochtener Staaten bis hin zu einer politischen Union mit gemeinsamer Staatsbürgerschaft, gemeinsamem Parlament und gemeinsamer Regierung. Was Begriffe wie das "Europa der Vaterländer" de Gaulles oder das "Europa der Bürger" in der Realität bedeuten, ist nie ganz klar geworden. Zur Realität gehören aber, auch wenn gerade wir Deutschen das verdrängen, nach wie vor Dominanten wie die bloße Größe der einzelnen Länder, ihre wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, ihre potentiellen politischen (und militärischen) Möglichkeiten und vor allem gehören dazu die historische gewachsenen Vorurteile, Maßstäbe, Bewertungskriterien - wie immer man das nennen will, was auch politisch wirksam ist und was niemand ablegen kann wie einen alten Hut.

Wir Deutschen glauben nur allzu gerne aufgrund unserer Geschichte und unseres Hanges zum Idealisieren, daß gute Absichten und edle Ziele diese Realitäten unwirksam machen könnten. So ist eine nach wie vor feststellbare Konstante französischer Politik seit de Gaulle das Bemühen, die USA aus Europa hinauszudrängen, Großbritannien so weit wie möglich fernzuhalten und die französische Vormachtstellung zu sichern. Bei näherem Zusehen ist diese Politik bis heute unverändert geblieben. Von der Behandlung der deutschen Sprache in den europäischen Gremien bis zum französischen Widerstand gegen die Wiedervereinigung, von der Haltung Frankreichs zur NATO bis zu seinem Verhalten in GATT-Verhandlungen wird diese Grundhaltung deutlich. Daß französische nationale Interesse, wenn es zum Schwere kommt, über den gemeinsamen Interessen aller Partner stehen, läßt sich an der französischen Industriepolitik ebenso gut ablesen wie an der Haltung zu einer wirklich gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik. Die Franzosen haben es durch eine konsequente Personalpolitik in den europäischen Gremien immer verstanden, ihre nationalen Interessen zu Gemeinschaftsebene wirksam zu vertreten und durchzusetzen. Die Deutschen, um es vereinfacht auszudrücken, zählten und hofften, daß die wirtschaftliche Entwicklung eines Tages mehr oder weniger automatisch zur gewünschten politischen Einheit führen werde. Deutsche Interessen wurden oft nur deshalb vertreten, weil man sich nicht dem Vorwurf eines neuen Nationalismus aussetzen wollte.

Mit diesem Vorwurf kann man, wie die aktuelle Situation immer wieder zeigt, die Deutschen noch immer daran hindern, gleiche Maßstäbe für alle zu fordern - die wichtigste Basis einer echten Gemeinschaft. Daß selbst viele deutsche Politiker und Publizisten vor nichts mehr Angst zu haben schienen als vor Deutschen, die versuchen, ihre eigenen Interessen zu artikulieren, ändert nichts daran, daß Europa sich nur weiterentwickeln kann, wenn niemand versucht, eine Vormachtstellung oder einseitige Vorteile zu erringen oder zu behaupten. Dies gilt für Deutschland, aber es muß auch für andere gelten und es muß gerade im Interesse weiterer Fortschritte in Europa offen angesprochen werden. Die bisherige Bilanz der Europäischen Gemeinschaft ist ja nicht schlecht, zumindest dann nicht, wenn man sie an den wirtschaftlichen Ergebnissen mißt. Aber die Stabilität der Gemeinschaft in der Vergangenheit war wesentlich auch dem Ost-West-Gegensatz zu verdanken. Die jetzt auch nach Osten offenen Grenzen, die neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen erfordern mehr als daß die stärkeren Partner der Gemeinschaft mehr in die EG-Kasse zahlen als schwächere.

Sicher ist: Wir Deutschen brauchen mehr europäische Gemeinschaft, aber: Unsere Partner brauchen sie auch. Alle, die wirkliche Fortschritte in Europa wollen, täten gut daran, erneut gründlich und realistisch über die Zukunft der europäischen Integration nachzudenken, denn es kann nicht gutgehen, wenn man die Zukunft so betrachtet, wie es der "FIGARO" vor einiger Zeit tat, als er schrieb: "Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."

(-/15. Juni 1993/rs/ks)
